



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD "Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein" Drucksache 17/182

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt die Flexicurity-Strategie der Europäischen Kommission als eines der übergeordneten Ziele für die europäische Arbeitsmarktpolitik an. Er teilt die Auffassung der Europäischen Kommission, dass Flexicurity als integrierte Strategie zur gleichzeitigen Stärkung von Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt verstanden wird.

Der Landtag begrüßt daher den Ansatz der Landesregierung, Flexicurity nicht auf arbeitsrechtliche Aspekte zu verengen. Er unterstützt die Strategie der Landesregierung alle Elemente des Flexicurity-Ansatzes aufzugreifen.

Insbesondere anerkennt der Landtag die darüber hinausgehenden Anstrengungen der Landesregierung zur Sicherung von Beschäftigung durch den Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Bildung, Ausbildung und Weiterbildung.

Johannes Callsen
für die Fraktion der CDU

Christopher Vogt
für die Fraktion der FDP